

# Inhaltsverzeichnis

## *Erster Teil*

<b>Einführung</b>	17
<b>§ 1 Einleitung</b>	17
<b>§ 2 Ziel und Gang der Untersuchung</b>	18
<b>§ 3 Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands</b>	21
A. Der Verwaltungsakt im Strafrecht – Verwaltungsaktakzessorisches Strafrecht	21
I. Der rechtsgestaltende Verwaltungsakt im Strafrecht	23
1. Die statusbegründende Täterqualifikation durch Verwaltungsakt	23
2. Der statusbegründende Verwaltungsakt im Strafanwendungsrecht	24
3. Die Entstehung strafrechtlich geschützter Tatobjekte durch Verwaltungsakt	24
II. Der befehlende Verwaltungsakt im Strafrecht	25
1. Begründung einer strafbewehrten Handlungspflicht durch Verwaltungsakt	26
2. Begründung einer Handlungspflicht im Rahmen einer objektiven Bedingung der Strafbarkeit (§ 54a Abs. 3 KWG)	27
III. Der feststellende Verwaltungsakt im Strafrecht (§§ 85, 86, 86a StGB, § 20 VereinsG)	28
IV. Der begünstigende Verwaltungsakt im Strafrecht	29
1. Die behördliche Genehmigung als unrechtsausschließendes Merkmal	29
2. Die Genehmigung als Strafaufhebungsgrund	30
B. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	31

## *Zweiter Teil*

<b>Verwaltungsstrafrecht – Verwaltungsrecht und Strafrecht</b>	33
<b>§ 4 Historische Entwicklung des Verwaltungsstrafrechts</b>	33
A. Verwaltungsstrafrecht	33
I. Die Sonderrolle des Verwaltungsstrafrechts im Reichsstrafgesetzbuch	33
II. Verwaltungsstrafrecht im wissenschaftlichen Diskurs	35
B. Die Bedeutung verwaltungsrechtlicher Entscheidungen und Rechtsbehelfe im Strafrecht	39

<b>§ 5 Verwaltungsrecht und Strafrecht als Teilgebiete des öffentlichen Rechts – Parallelen und Unterschiede</b> .....	42
A. Ausgangspunkt – Strafrecht und Verwaltungsrecht als Teilgebiete des öffent- lichen Rechts .....	43
B. Die Wahrnehmung der öffentlichen Interessen durch Verwaltungsrecht und Strafrecht .....	43
I. Die zukunftsorientierte Ausrichtung des Verwaltungsrechts .....	44
II. Die vergangenheitsbewältigende Funktion des Strafrechts .....	45
III. Die Friktionen verwaltungsrechtlicher Prävention und strafrechtlicher Repression .....	47
C. Die unterschiedlichen Regelungskonzeptionen zur Wahrnehmung der öffentlichen Interessen .....	48
I. Das Verwaltungsrecht – Die bewahrende Ordnungsverwaltung .....	49
1. Behördliche Inanspruchnahme im Nachgang privater Freiheitsaus- übung .....	50
2. Behördliche Inanspruchnahme im Vorgriff privater Freiheitsaus- übung .....	51
II. Rechtsgüterschutz durch das Strafrecht .....	55
1. Deliktstypen .....	55
2. Deliktstypen im verwaltungsaktakzessorischen Kontext .....	57
a) Strafnormen im Kontext der behördlichen Inanspruchnahme im Vorgriff privater Freiheitsausübung .....	57
b) Strafnormen im Kontext der behördlichen Inanspruchnahme im Nachgang privater Freiheitsausübung .....	58
D. Verwaltungs- und strafrechtliche Konkordanz im Rahmen einer einheitlichen Rechtsordnung? .....	60
I. Der Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung .....	60
II. Bisherige Bemühungen um eine straf- und verwaltungsrechtliche Kon- kordanz im verwaltungsaktakzessorischen Strafrecht .....	62
1. Strafrecht im Zusammenhang mit der behördlichen Inanspruch- nahme im Vorgriff privater Freiheitsausübung .....	62
a) Konkordanz zwischen verwaltungsrechtlicher Regelungskonzep- tion und strafrechtlichem Deliktstyp? .....	63
b) Konkordanz zwischen verwaltungsrechtlicher Regelungskonzep- tion und strafrechtlichem Unrecht? .....	65
c) Konkordanz zwischen verwaltungsrechtlicher Regelungskonzep- tion und deliktssystematischer Stellung der behördlichen Geneh- migung .....	67
aa) Differenzierende Ansätze .....	67
bb) Andere Ansätze – Exklusiv tatbestandsausschließende oder rechtfertigende Wirkung .....	69
cc) Stellungnahme .....	70

d) Konkordanz zwischen verwaltungsrechtlicher Eingriffsbefugnis und strafrechtlichem Unrecht? .....	77
2. Strafrecht im Zusammenhang mit der behördlichen Inanspruchnahme im Nachgang privater Freiheitsausübung .....	78

*Dritter Teil*

<b>Rechtliche Anforderungen an die unrechtsbegründende und unrechtausschließende Wirkung des Verwaltungsakts</b> .....	80
--	----

**§ 6 Rechtliche Anforderungen an den Verwaltungsakt im Strafrecht** .....

A. Die Fehlerfolgenlehre des Verwaltungsakts und seine strafrechtlichen Wirkungen .....	81
I. Das Nichtigkeitsdogma bezüglich rechtsfehlerhaften Verwaltungshandelns und seine Durchbrechung im Verwaltungsrecht .....	81
II. Die Bedeutung verwaltungsverfahrenrechtlicher Nichtigkeit (§§ 43 Abs. 3, 44 VwVfG) im Strafrecht .....	83
1. Die Bedeutung der verwaltungsverfahrenrechtlichen Nichtigkeit (§ 44 VwVfG) im Rahmen strafbewehrter Zuwiderhandlungen gegen Verwaltungsakte und ungenehmigter Handlungen .....	84
2. Die Bedeutung der verwaltungsverfahrenrechtlichen Nichtigkeit bei feststellenden Verwaltungsakten im Strafrecht .....	86
3. Die Bedeutung der verwaltungsverfahrenrechtlichen Nichtigkeit bei statusbegründenden Verwaltungsakten im Strafrecht – am Beispiel des strafrechtlichen Beamtenbegriffs .....	86
4. Zwischenergebnis .....	88
III. Verwaltungsaktakzessorietät oder strafrechtsautonome Fehlerfolgenlehre .....	88
1. Tatbestandsausschließende behördliche Genehmigungen .....	88
a) Streng verwaltungsaktakzessorisches Verständnis .....	89
b) Eingeschränkte Verwaltungsaktakzessorietät kraft Gesetz .....	90
aa) Fälle gesetzlicher Anordnung und Kritik .....	90
bb) Rechtliche Folgen .....	93
c) Eingeschränktes verwaltungsaktakzessorisches Verständnis .....	94
aa) Mittels verwaltungsverfahrenrechtlicher Instrumente .....	95
bb) Mittels des Rechtsmissbrauchsgedankens .....	95
cc) Verwaltungsrechtakzessorisches Verständnis – Strafrechtsautonome Wirksamkeitsbestimmung mittels Durchgriff auf das materielle Verwaltungsrecht .....	96
dd) Stellungnahme .....	98
(1) Strafrechtsautonome Nichtigkeitsbestimmung vs. strenge Verwaltungsaktakzessorietät .....	98

(2) Die Ungeeignetheit des Rechtsmissbrauchsgedankens als strafrechtliches Korrektiv .....	103
(3) Die Ungeeignetheit verwaltungsverfahrenrechtlicher Korrekture .....	105
(4) Ergebnis .....	106
2. Strafbewehrte Zuwiderhandlungen gegen belastende Verwaltungs- akte .....	106
a) Streng verwaltungsaktakzessorisches Verständnis .....	107
b) Verwaltungsrechtakzessorisches Verständnis – Strafrechtsauto- nome Wirksamkeitsbestimmung mittels Durchgriff auf das materielle Verwaltungsrecht .....	107
c) Stellungnahme .....	109
aa) Grammatische Auslegung .....	109
bb) Systematische Auslegung .....	111
cc) Teleologische Auslegung .....	114
dd) Verfassungskonformität .....	119
(1) Bestimmtheitsgrundsatz .....	119
(2) Gesetzmäßigkeit der Verwaltung .....	122
(3) Gewaltenteilungsprinzip und Richtermonopol .....	122
(4) Rechtsweggarantie .....	123
3. Feststellende Verwaltungsakte .....	125
4. Zwischenergebnis .....	126
IV. Spezialfall: Unionsrechtswidrige Verwaltungsakte und direkte Kollis- sionen des Verwaltungsakts mit Unionsrecht .....	126
1. Die Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten .....	127
2. Anwendungsvorrang des Unionsrechts vs. Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten? .....	128
3. Strafrechtliche Folgen .....	130
B. Der Zeitpunkt der Verbindlichkeit des Verwaltungsakts .....	130
I. Verwaltungsrechtliche Betrachtung .....	131
1. Die Verbindlichkeit als Primärwirkung des Verwaltungsakts .....	131
2. Entfall der aufschiebenden Wirkung und die Anordnung der sofort- tigen Vollziehbarkeit, § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1–4 VwGO .....	135
3. Die Unanfechtbarkeit des Verwaltungsakts .....	136
II. Strafrechtliche Betrachtungsweise .....	136
1. Tatbestandsausschließende behördliche Genehmigung .....	137
2. Belastende Verwaltungsakte .....	138
a) Strafrechtsspezifische Verbindlichkeit .....	139
b) Kritik .....	142
c) Gesetzliche Modifikationen der strafrechtlichen Verbindlichkeit	150
aa) „Unanfechtbarer“ Verwaltungsakt .....	150

	Inhaltsverzeichnis	11
	bb) „Vollziehbarer“ Verwaltungsakt .....	150
	d) Folgen für die Aufhebung von Genehmigungen .....	153
<b>§ 7</b>	<b>Strafrechtliche Auswirkungen der aufschiebenden Wirkung</b> .....	154
	A. Die aufschiebende Wirkung als Wirksamkeits- oder Vollzugshemmung ...	155
	B. Notwendigkeit eines Streitentscheids für die strafrechtliche Betrachtung ..	158
	C. Strafrechtliche Auswirkungen der aufschiebenden Wirkung .....	161
	I. Strafrechtliche Auswirkungen bei Zuwiderhandlungen gegen belastende Verwaltungsakte .....	161
	II. Strafrechtliche Auswirkungen der aufschiebenden Wirkung auf bereits genehmigte Handlungen .....	162
<b>§ 8</b>	<b>Fehlvorstellungen des Täters</b> .....	163
	A. Fehlvorstellungen des Täters bei genehmigungspflichtigen Tätigkeiten ...	163
	B. Fehlvorstellungen bei strafbewehrten Zuwiderhandlungen gegen belastende Verwaltungsakte .....	166

#### *Vierter Teil*

	<b>Die Bedeutung verwaltungsrechtlicher Entscheidungen und Rechtsbehelfe als strafrechtliches Nachtatgeschehen</b>	168
<b>§ 9</b>	<b>Konzeptionelle Überlegungen zur strafrechtlichen Berücksichtigung von Rückwirkungen beim belastenden Verwaltungsakt</b> .....	168
	A. Rechtliche Rückwirkungen verwaltungsrechtlicher Entscheidungen und Rechtsbehelfe und strafrechtliche Lösungsansätze .....	169
	I. Rückwirkungen verwaltungsrechtlicher Entscheidungen und Rechts- behelfe .....	170
	1. Rückwirkung der aufschiebenden Wirkung .....	170
	a) Der Eintritt der aufschiebenden Wirkung gemäß § 80 Abs. 1 S. 1 VwGO .....	170
	b) Gerichtliche Anordnung beziehungsweise Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung, § 80 Abs. 5 S. 1 VwGO .....	171
	2. Rückwirkung der gerichtlichen Aufhebung des Verwaltungsakts (vgl. § 113 Abs. 1 S. 1 VwGO) .....	173
	3. Rückwirkung der behördlichen Aufhebung des Verwaltungsakts ...	174
	a) Die Aufhebung im Rahmen des Widerspruchsverfahrens .....	174
	b) Die Grundtatbestände zur behördlichen Aufhebung von Verwal- tungsakten, §§ 48, 49 VwVfG .....	176
	aa) Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts, § 48 VwVfG .....	176
	bb) Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsakts, § 49 VwVfG	177
	II. Strafrechtliche Lösungssätze .....	177
	1. Ablehnung einer Berücksichtigung des Nachtatgeschehens .....	177

2. Zustimmung zur Berücksichtigung des Nachtatgeschehens .....	179
3. Prohibitive Lösungsansätze .....	180
B. Verwandte Rückwirkungsproblematiken aus anderen Rechtsgebieten und strafrechtliche Lösungsansätze .....	181
I. Zivilrechtliche Rückwirkungen und strafrechtliche Lösungsansätze ...	181
1. Eigentumsdelikte – Rückwirkende Änderung der Eigentumslage durch Anfechtung (vgl. § 142 Abs. 1 BGB) .....	182
2. Unerlaubte Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke bei nachträglicher Genehmigung durch den Urheber .....	183
II. Strafprozessuale Rückwirkungen und (materiell-)strafrechtliche Lösungsansätze .....	184
III. Immaterialgüterrechtliche Rückwirkungen am Beispiel des Marken- und Patentrechts und strafrechtliche Lösungsansätze .....	187
IV. Zwischenfazit .....	190
C. Würdigung der Lösungsansätze unter rechtskonstruktiver Betrachtung rechtlicher Rückwirkungen .....	191
I. Rechtskonstruktive Erklärungsansätze für rechtliche Rückwirkungen ..	192
1. Die Fiktionstheorie .....	193
2. Die Deklarationstheorie .....	194
II. Beurteilung verwaltungsrechtlicher Rückwirkungen nach der Deklarations- oder Fiktionstheorie .....	194
1. Rechtsfolgen der unterschiedlichen Erklärungsansätze und Kritik an der Deklarationstheorie .....	195
2. Verwaltungsrechtliche Rückwirkungen als rechtliche Fiktionen ...	196
III. Kritische Würdigung der strafrechtlichen Lösungsansätze unter Zugrundelegung der Fiktionstheorie .....	196
1. Die Berücksichtigung des Nachtatgeschehens nach der Tatbestandslösung .....	197
2. Die prohibitive Berücksichtigung des Nachtatgeschehens .....	199
IV. Zwischenfazit .....	200
D. Die Berücksichtigung von Nachtatgeschehen im Strafrecht als Kompensation „unechter“ Rechtskollisionen .....	201
I. Rechtskollision als Kompensationbedürfnis .....	201
1. Kollisionslage durch verwaltungsrechtlich bedingte Rückwirkungen	201
2. Kollisionslage durch zivilrechtlich bedingte Rückwirkungen .....	202
3. Kollisionslage durch strafprozessual bedingte Rückwirkungen .....	202
4. Kollisionslage durch immaterialgüterrechtliche Rückwirkungen ...	203
II. Kompensationsgründe .....	203
1. Strafrechtsimmanente Begründungsansätze und Kritik .....	204
a) Zur Grundlage des staatlichen Strafausspruchs .....	205
b) Zur nachträglichen Korrektur des strafrechtlich geschützten Rechtsguts .....	205

c) Zu Strafwürdigkeit und Strafbedürftigkeit .....	206
aa) Grundsätzliche Kritik .....	206
bb) Gesetzliche Anknüpfungspunkte zur Bedeutung von Nach- tatgeschehen im Strafgesetzbuch .....	207
cc) Fazit .....	210
2. Begründungsansätze im intertemporalen Kontext des Strafrechts ..	212
a) Kompensation nach dem Rechtsgedanken des § 2 Abs. 3 StGB ..	212
b) Kompensation nach dem Rechtsgedanken des § 79 Abs. 1 BVerfGG .....	213
3. Außerstrafrechtlicher Begründungsansatz – Kompensation der Rechtskollision unter Berücksichtigung des außerstrafrechtlichen „Rückgewährverhältnisses“ .....	214
a) Der verfassungsrechtliche Folgenbeseitigungsanspruch als Straf- aufhebungsgrund im verwaltungsaktakzessorischen Strafrecht ..	214
aa) Voraussetzungen des materiell-rechtlichen Folgenbeseiti- gungsanspruchs .....	215
bb) Die Strafbarkeit als mittelbar adäquate Vollzugsfolge .....	217
cc) Strafrechtsspezifische Extension des Folgenbeseitigungs- anspruchs .....	218
b) Zusammenhang zwischen rechtswidrigem Verwaltungshandeln und verwirklichtem Strafunrecht .....	221
c) Anspruchsausschluss – Der Folgenbeseitigungsanspruch als Kompensationsinstrument zwischen materieller Gerechtigkeit und Rechtssicherheit .....	221
III. Der Folgenbeseitigungsanspruch als Strafaufhebungsgrund bei den verwaltungsrechtlich bedingten Rückwirkungen .....	222
1. Strafaufhebungsgrund bei gerichtlicher Aufhebung des Verwaltungs- akts (vgl. § 113 Abs. 1 S. 1 VwGO) .....	223
2. Strafaufhebungsgrund bei behördlicher Aufhebung des Verwaltungs- akts? .....	224
a) Kein Strafaufhebungsgrund bei behördlicher Aufhebung nach Bestandskraft .....	225
b) Strafaufhebungsgrund bei behördlicher Aufhebung vor Bestands- kraft .....	226
3. Strafaufhebungsgrund bei aufschiebender Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage (§ 80 Abs. 1, Abs. 5 VwGO)? .....	227
IV. Berücksichtigung des außerstrafrechtlichen Rückgewährverhältnisses bei den verwandten Rechtskollisionen .....	230
1. Zivilrechtliche Rückwirkungen .....	231
2. Strafprozessuale Rückwirkungen .....	231
3. Immaterialgüterrechtliche Rückwirkungen .....	233

<b>§ 10 Übertragung der Ergebnisse auf andere Fallgruppen rechtlicher Rückwirkungen im verwaltungsaktakzessorischen Strafrecht</b> .....	233
A. Verwaltungsrechtliche Rückwirkungen bei der behördlichen Genehmigung	234
I. Belastende Rückwirkung – Rückwirkende Aufhebung behördlicher Genehmigungen .....	234
II. Begünstigende Rückwirkung – Rückwirkende Genehmigung bislang ungenehmigter Verhaltensweisen? .....	235
1. Die verwaltungsrechtliche Zulässigkeit rückwirkender Genehmigungen .....	235
2. Strafaufhebungsgrund bei rückwirkender Genehmigung ursprünglich ungenehmigten Verhaltens? .....	239
3. Ergebnis .....	240
B. Rechtliche Rückwirkungen in weiteren Fällen .....	241
I. Rechtliche Rückwirkung bei statusbegründender Täterqualifikation durch Verwaltungsakt .....	241
II. Rechtliche Rückwirkungen bei feststellenden Verwaltungsakten .....	242
III. Rechtliche Rückwirkungen bei pflichtenbegründenden Verwaltungsakten innerhalb objektiver Strafbarkeitsbedingungen (vgl. § 54a Abs. 3 KWG) .....	242
IV. Rechtliche Rückwirkungen bei statusbegründenden Merkmalen durch Verwaltungsakt innerhalb des Strafanwendungsrechts .....	244
1. Aktives Personalitätsprinzip .....	244
2. Passives Personalitätsprinzip .....	245
V. Rechtliche Rückwirkungen beim Strafaufhebungsgrund § 331 Abs. 3	
2. Var. StGB .....	245
<b>§ 11 Strafprozessuale Realisierung</b> .....	246
A. Prozessuale Ausgangslage .....	246
B. Prozessuale Realisierung des nachträglichen Strafaufhebungsgrunds im Strafprozess .....	247
I. Würdigung einer Aussetzungspflicht unter Betrachtung der vom Folgebeseitigungsanspruch und den Strafaufhebungsgründen ausgehenden Risikosphären .....	247
II. Würdigung einer Aussetzungspflicht unter dem verfassungsrechtlichen Belang eines effektiven Rechtsschutzes (vgl. Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG) ..	250
III. Prozessuale Realisierung im Wege einer Aussetzungspflicht gemäß § 262 Abs. 2 StPO .....	250
1. Kritik .....	251
2. Umfassende Geltung des Beschleunigungsgrundsatzes .....	252
C. Prozessuale Realisierung des nachträglichen Strafaufhebungsgrunds im Wiederaufnahmeverfahren .....	253
D. Ergebnis .....	254



*Fünfter Teil*

<b>Verwaltungsentscheidungsakzessorietät im europäischen und internationalen Kontext</b>	<b>256</b>
<b>§ 12 Transnationale, europäische und sonstige ausländische Verwaltungsentscheidungen im Strafrecht</b>	<b>256</b>
A. Transnationale Verwaltungsentscheidungen	257
I. Definition und Erscheinungsformen im Strafrecht	257
1. Wirkungsbezogene Transnationalität von Verwaltungsakten im Strafrecht	258
2. Adressatenbezogene Transnationalität von Verwaltungsentscheidungen im Strafrecht	259
3. Behördenbezogene Transnationalität von Verwaltungsentscheidungen im Strafrecht	260
II. Geltungsanspruch transnationaler Verwaltungsentscheidungen innerhalb der deutschen Rechtsordnung und rechtlicher Bewertungsmaßstab	261
1. Geltungsanspruch transnationaler Verwaltungsentscheidungen innerhalb der deutschen Rechtsordnung	262
2. Verfahrensrecht des Erlassstaates als grundsätzlicher Maßstab für transnationale Verwaltungsentscheidungen	264
3. Vereinheitlichung des Verfahrensrechts durch unions- beziehungsweise völkerrechtliche Vorgaben	266
III. Transnationale Verwaltungsentscheidungen im Strafrecht	266
1. Anerkennung ausländischer Verwaltungsentscheidungen am Beispiel des § 21 Abs. 1 Nr. 1 StVG	268
a) Geltungsanspruch ausländischer Fahrerlaubnisse innerhalb Deutschlands	268
b) Verfahrensrechtliche Wirksamkeit ausländischer Fahrerlaubnisse	269
2. Anerkennung ausländischer Verwaltungsentscheidungen am Beispiel des § 95 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG	271
a) Geltungsanspruch der von anderen Mitgliedstaaten erteilten Visa in Deutschland	271
b) Verfahrensrechtliche Wirksamkeit des von einem Mitgliedsstaat erteilten Visums und Durchbrechung der Verwaltungsakzessorietät gemäß § 95 Abs. 6 AufenthG	271
3. Anerkennung ausländischer Verwaltungsentscheidungen am Beispiel des § 326 Abs. 2 StGB	272
4. Exkurs: Anerkennung ausländischer Verwaltungsentscheidungen am Beispiel des § 284 Abs. 1 StGB	274
B. Europäische Verwaltungsentscheidungen	276
C. Sonstige ausländische Behördenentscheidungen im Rahmen des § 330d Abs. 2 StGB	277

I. Regelungsfunktion des § 330d Abs. 2 StGB – Abgrenzung zu den transnationalen Verwaltungsentscheidungen .....	278
II. Einschränkung durch das Strafanwendungsrecht .....	280
III. Die Verletzung verwaltungsrechtlicher Pflichten bei ausländischen Verwaltungsentscheidungen .....	284
1. Begünstigende Verwaltungsentscheidungen .....	286
2. Belastende Verwaltungsentscheidungen .....	287
D. Ergebnis .....	288
<b>§ 13 Ausblick: Rechtsbehelfe im Rahmen transnationaler, europäischer und sonstiger ausländischer Verwaltungsentscheidungen und strafrechtliche Auswirkungen .....</b>	<b>290</b>
A. Rechtsbehelfe gegen begünstigende Verwaltungsentscheidungen .....	290
B. Rechtsbehelfe gegen belastende Verwaltungsentscheidungen .....	291
<i>Sechster Teil</i>	
<b>Schluss</b>	293
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>297</b>
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>318</b>